

steuerungsabkommen vereinbart haben, können diese Steuer ebenfalls rückfordern. Nachteil dieser Lösung ist allerdings, dass damit die Steuerhinterziehung nicht unterbunden wird. Das Eintreiben einer solchen Quellensteuer durch die Schweiz käme damit einer Art Ablasshandel gleich.

Wie gross der Umfang der Steuerhinterziehung ist, welche der Finanzplatz Schweiz ermöglicht, lässt sich nur erahnen. In den letzten Jahren erbrachte die Verrechnungssteuer einen schwankenden jährlichen Ertrag zwischen fast 2 und über 5 Mrd. Franken (1 Euro = 1,50 Fr.). Das entspricht also im Schnitt einem undeckelten Zinsertrag von 10 Mrd. Franken oder – bei einer (bescheidenen) Rendite von 5% – einem nicht ordnungsgemäss deklarierten Kapitalbestand von 200 Milliarden Franken. Wie viel davon auf schweizerische und wie viel auf ausländische Vermögensbesitzende entfällt, ist nicht feststellbar.

In Rechnung zu stellen ist zudem, dass die schweizerische Verrechnungssteuer nicht sämtliche Anlageformen erfasst. Insbesondere sind auf Franken lautende Obligationen ausländischer Schuldner nicht verrechnungssteuerpflichtig, und wohl gerade deswegen bei ausländischen Kunden schweizerischer Banken besonders beliebt.

● **Milliardenschwere Depots:** Auf dem Schweizer Finanzplatz werden schätzungsweise Depots in Höhe von insgesamt 4000 bis 5000 Mrd. Franken verwaltet, durch Schweizer Banken, durch Vermögensverwalter, Treuhänder, Advokaten, Versicherungen und auch durch Tochtergesellschaften ausländischer Banken in der Schweiz. Ungefähr die Hälfte davon soll aus dem Ausland stammen. Ein grosser Teil davon dürfte in den Ursprungsländern nicht ordnungsgemäss versteuert worden sein.

Von besonderer Bedeutung sind die sog. Treuhandanlagen, Gelder, welche die Banken in eigenem Namen auf Risiko des Kunden verwalten. Die Schweizerische Nationalbank (Zentralbank) weist in ihren Statistiken für Ende 2001 einen Bestand von 320 Mrd. Franken aus. Fast ein Drittel davon stammt aus EU-Ländern,

ein Viertel aus karibischen Offshore-Zentren (Zwischenlager). Ein weiteres Drittel fliesst auch aus den verschiedensten Entwicklungsländern zu, meist aus jenen, deren Korruptionsgrad nicht gerade am tiefsten ist. Die Londoner Financial Times nannte die Schweizer Treuhandkonti "a perfect legal way for non-residents to avoid taxes".

Die Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke findet angesichts der dargelegten Tatsachen, dass das Schweizer Angebot an die EU das Grundproblem der Steuerhinterziehung nicht löst. Mindestens fordern wir deshalb von der Schweiz, dass sie im Falle einer Einigung mit der EU allen andern Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern und analog der Meistbegünstigungsklausel in Handelsfragen die gleichen Konzessio-

nen gewährt. Es widerspricht der entwicklungspolitischen Kohärenz, wenn die Schweiz auf EU-Fluchtgelder Steuern erheben und teilweise zurückerstatten würde, Fluchtgelder aus den Entwicklungsländern aber unbehelligt bleiben. Unabhängig von den EU-Verhandlungen muss aber die Schweiz ihr Haus in Ordnung bringen und ihre Rolle als Steuerfluchthafen aufgeben. □

Bruno Gurtner ist Senior Economist bei der AG Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas in Bern.

Hinweis:

* IMF, Switzerland: *Financial System Stability Assessment*, Washington D.C., June 3, 2002, im Internet unter: www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=15873.0

Privatisierungsoffensive der Weltbank:

Von der Schule bis zum Wasser

Die Weltbank will die Privatisierung weiter vorantreiben. Das zeigen gleich zwei neue Strategiedokumente (s. Hinweise). Viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kritisieren, dass die Bank auf diese Weise die Position des Südens bei den Dienstleistungsverhandlungen (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO) erheblich schwächen würde. Ausserdem versuche sie, den Weg für neue Staudammprojekte frei zu machen. Die Auseinandersetzung skizziert **Uwe Hoering**.

Schon Ende Februar stimmten die Weltbank-Direktoren der neuen Entwicklungsstrategie für den Privatsektor (PSDS) zu, die jetzt im Rahmen der Verhandlungen über das "Comprehensive Development Framework" (CDF) und die neuen Armutspapiere ("Poverty Reduction Strategy Papers" – PRSP; vgl. W&E 03-4/2002) umgesetzt werden soll. Im Infrastrukturbereich, einschließlich im Wassersektor, im Gesundheits- und Bildungswesen sollen private Unternehmen stärker gefördert werden, weil sie angesichts der vielfach schlechten Versorgungssituation die "einzige Alternative für ärmere Bevölkerungsgruppen" seien. Dafür sollen u.a. das Investitionsklima durch Deregulierung, Marktöffnung und Privatisierung verbessert und ihre direkte Unterstützung durch Subventionen und Kredite der Weltbanktochter "International Finance Corporation" (IFC), zuständig für die Förderung der Privatwirtschaft, verstärkt werden.

● **Marktöffnung, kaschiert als Armutsbekämpfung:**

Der Vorstoß bedroht nach Auffassung von Nancy Alexander von der "Globalisation Challenge Initiative" in Washington "die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, die Sektoren zu bestimmen, in denen sie Entscheidungskontrolle behalten wollen, eigene Regulierungsstandards zu setzen und selbst zu entscheiden, ob sie öffentliche bzw. NGO-Aktivitäten in diesen Bereichen unterstützen wollen".

Zwar beteuert die Bank, auch weiterhin den öffentlichen Sektor "unvermindert" zu unterstützen, um den freien Zugang zu einer Grundversorgung sicherzustellen. Doch der Vorstoß, der nach Ansicht von Robert Wade, Professor an der "London School of Economics", "die weitreichendste Schwerpunktverschiebung in der Weltbankpolitik im letzten Jahrzehnt" darstellt, wird auch eine Verschiebung der Ressourcen zur Folge haben, indem er die Empfän-

gerregierungen zwingt, Entwicklungsgelder für die Subventionierung privater Unternehmen zu verwenden und damit öffentliche Versorger und NGOs zu schwächen.

Das Papier, das nach Ansicht der NGOs auf den Einfluss der USA zurückgeht, liest sich wie Privatisierungsideologie pur. Zweifel daran, dass private Versorger arme Bevölkerungsgruppen besser erreichen, werden ebenso heruntergespielt wie die Gefahr wachsender Diskrepanzen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Alternativen werden abgewertet oder ignoriert, die unzureichenden Regulierungskapazitäten vieler Länder, gerade auch gegenüber transnationalen Konzernen, werden kaum problematisiert.

Besondere Brisanz gewinnt die Strategie vor dem Hintergrund der laufenden GATS-Verhandlungen: Bislang können Bereiche von Marktöffnung und Gleichstellung einheimischer und ausländischer Unternehmen ausgenommen werden, wenn sie "hoheitliche Aufgaben" darstellen, nicht kommerziell orientiert sind und kein Wettbewerb mehrerer Versorger besteht. Kommerzialisierung und Privatisierung, wie sie die Weltbank fordert, würden daher den Wassersektor oder soziale Dienstleistungen den GATS-Regelungen unterwerfen und Fakten schaffen, die die Verhandlungsposition der Regierungen, welche Bereiche sie öffnen wollen, unterminieren.

● **Zwei Fliegen mit einer Klappe:** Die Privatisierung zieht sich auch als ein roter Faden durch die Strategie für den Wassersektor (WRSS), deren Entwurf seit Ende März vorliegt. Der zweite rote Faden ist die Rechtfertigung für den Wiedereinstieg in die Finanzierung großer Staudamm- und Wasserprojekte: Sie hätten zwar "hohe Risiken", aber auch einen "hohen Nutzen". Im Grunde handele es sich gar nicht um eine neue Strategie, versucht die Bank zu beruhigen, sondern lediglich um eine Auswertung der Erfahrungen mit dem Politikpapier zum Management von Wasserressourcen von 1993 (WRMPP). Intendiert sei zudem eine stärkere Orientierung auf die "erneuerte Verpflichtung" der Bank zur Armutsbekämpfung und die Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen der Weltkommission zu Staudämmen (WCD), an deren Einrichtung die Weltbank selbst maßgeblich betei-

ligt war, nachdem sie sich mit heftiger Kritik an ihrer Politik konfrontiert sah.

Bei dieser selbst gestellten Aufgabe "scheitert sie allerdings auf ganzer Linie", heißt es in einer Stellungnahme zahlreicher NGOs, darunter dem "International Rivers Network" (IRN). Um ihre Argumentation zu stützen, dass Privatisierung und Großstaudämme für die Armen und den Schutz der Umwelt notwendig und die erforderlichen Investitionen nur durch eine Beteiligung des privaten Sektors aufzubringen seien, würden wesentliche Aspekte der internationalen Diskussion entweder ignoriert, wie die Empfehlungen der internationalen Wasserkonferenz in Bonn im Dezember 2001 (s. W&E 01/2002), oder verfälscht, wie die Ergebnisse der WCD. Die Strategie, so Patrick McCully, sei falsch konzipiert, um die Wasserkrise zu lösen:

* Durch die Konzentration auf Großprojekte und städtische Wasserversorgung vernachlässigt sie weitgehend die Mehrheit derer, die keinen ausreichenden Zugang haben, nämlich die ländliche Bevölkerung; ihre Versorgung ist für die Wasserkonzerne nicht profitabel.

* Einfachere, dezentralisierte und preiswertere Optionen der Versorgung werden ignoriert, ebenso wie "Demand-side-management" (DSM) und Regenernte. "Die 'einfachen und billigen' Lösungen für die Mobilisierung von Wasserressourcen für menschliche Bedürfnisse sind weitgehend ausgeschöpft", behauptet die Weltbank. Während sie von einem überhöhten Investitionsbedarf von 180 Mrd. US-Dollar jährlich ausgeht, der vor allem dazu dient, die Beteiligung der Wasserkonzerne zu rechtfertigen, veranschlagt der "Water Supply and Sanitation Collaborative Council" (WSSCC) die erforderlichen Ausgaben, um bis 2025 eine flächendeckende Versorgung zu erreichen, auf jährlich 9 Mrd. US-Dollar.

* Trotz gegenteiliger Erfahrungen mit Preissteigerungen und Korruption behauptet die Weltbank, Privatisierung würde "normalerweise substantielle Verbesserungen für die Armen bringen".

* Die Empfehlungen der WCD, etwa zu "best practices", werden weitgehend ausgeblendet. Auffällig für die einseitige Prioritätensetzung des Weltbank-Ansatzes ist, dass die wichtige Rolle von Frauen, Partizipation, die Bedeutung von Wasser als einem "sozialen Gut" und das Grundrecht auf Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen keine oder nur eine marginale Rolle spielen. Kritische Bemerkungen der Staudamm-Kommission über die Weltbankpolitik im Staudambereich werden uninterpretiert, eine positive Bewertung kommerzieller Großprojekte in den WCD-Bericht hinein interpretiert.

Nachdem die Weltbank in den vergangenen Jahren angesichts der heftigen Kritik einen wachsenden Anteil ihrer Kredite für Erhaltung und Instandsetzung bestehender Infrastruktur und für das Management von Wassereinzugsgebieten ausgegeben hat, zeichnet sich inzwischen eine - allerdings auch in der Bank nicht unumstrittene - Rückkehr zu Großprojekten wie Bujagali in Uganda ab. Das Weltbank-Papier "ist eindeutig Pro-Wasserkraft", so das Resümee der NGOs. Um Großstaudämme aufzuwerten, werden sie als klimafreundliche "clean technology" dargestellt und für ihre Aufnahme in den "Clean Development Mechanism" (CDM) des Kioto-Protokoll plädiert.

Die "hohen Risiken" der Großprojekte im Wassersektor könnten allerdings rasch zu einem Risiko auch für das Ansehen der Weltbank werden, warnen die NGOs: "Neue Projekte, die die WCD-Empfehlungen ignorieren, werden sowohl bei lokalen Bevölkerungen als auch bei nationalen und internationalen NGOs auf massive Opposition stoßen." □

Hinweise:

* World Bank, *Private Sector Development Strategy - Directions for the World Bank Group*, Washington D.C., April 9, 2002.

* World Bank, *Water Resources Sector Strategy: Strategic Directions for World Bank Engagement*, Draft for Discussion, Washington D.C., March 25, 2002. Beide im Internet unter: www.worldbank.org

* Patrick McCully, *Avoiding Solutions, Worsening Problems. A Critique of "World Bank Water Resources Sector Strategy"*, International Rivers Network, Berkeley, May 27, 2002. Im Internet unter: www.irn.org

W&E-Infospiegel

● Global Governance und Klimawandel:

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat mit seinem Schwerpunkt "Sozial-ökologische Forschung" ein neuartiges Förderkonzept geschaffen, das NachwuchswissenschaftlerInnen fünf Jahre lang die Möglichkeit bietet, Forschungsfragen in eigener Regie und interdisziplinär anzugehen. Eines dieser Projekte beschäftigt sich mit "Global Governance und Klimawandel". Die Kernfrage des Projektes lautet: Welche Probleme, Chancen und zukünftige Herausforderungen sind mit dem Wandel von *government* (als vorwiegend staatlichem Projekt) hin zu *governance* (als umfassenderem Gesellschaftsprojekt) im Bereich der Klimapolitik verknüpft und welche staatlichen wie nichtstaatlichen Steuerungsformen können zu einem verbesserten Klimaschutz beitragen? Beteiligt sind der Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der FU Berlin, das Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin sowie das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung Berlin (IÖW). Weitere Information: Dr. Achim Brunnengräber, BMBF-Projekt "Global Governance und Klimawandel", Malteser Str. 74-100, D-12249 Berlin, Tel. 030/83870708, e-mail: priklima@zedat.fu-berlin.de

● Lesehinweise:

* Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf, *Globalisierung der Unsicherheit - Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik*, 380 S., Westfälisches Dampfboot: Münster 2002. Bezug: Buchhandel

* Ulf Engel/Robert Kappel (eds.), *Germany's Africa policy revisited - Interest, images and incrementalism*, 214 pp., Politics and Economics in Africa, No. 4, Lit-Verlag: Münster-Hamburg-London 2002. Bezug: Buchhandel

* Wolfgang Sachs (Coordinator and Editor), *The Joburg Memo. Fairness in a Fragile World*, Memorandum for the World Summit on Sustainable Development, 84 pp., Heinrich Böll Foundation: Berlin 2002. Bezug: Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, D-10178 Berlin, Tel. 030/285340, Fax 28534109, e-mail: info@boell.de, Internet: www.worldsummit2002.org

* Transnational Institute, *Lights Off! Debunking the Myths of Power Liberalisation*, 20 pp., TNI Briefing Series, No. 5, Amsterdam 2002. Bezug: TNI, Paulus Potterstraat 20, NL-1071 DA Amsterdam, Tel. +31/20/6626608, Internet: www.tni.org

* Mirjam Van Reisen, *Tackling Poverty. A proposal for European Union aid reform*, 16 pp., BOND: London 2002. Bezug: Venro, Ziegelstr. 30, D-10117 Berlin, Tel. 030/28046671, Fax 28046672, Internet (dort auch dt. Fassung): www.2015.venro.org

● Tagungen und Termine:

* 7-13. Juli: 19. Internationale Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktforschung zum Thema *Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs auf Burg Schläining*. Info: ÖSFK/Friedenszentrum Burg Schläining, A-7461 Stadtschläining, Tel. ++43/3355/2498 508, Fax 2381, e-mail: mpf@aspr.ac.at

* 26-31. Juli: *attac Sommerakademie* in Marburg. Info: [attac-Netzwerk](http://attac-netzwerk.de), Internet: www.attac-netzwerk.de

* 14. September: Gemeinsamer Aktionstag der DGB-Jugend und von attac Deutschland unter dem Motto *Her mit dem schönen Leben!* in Köln. Info: [attac-Netzwerk](http://attac-netzwerk.de), s.o.

* 23.-27. September: 13. Sommerschule der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* in Bielefeld. Info: AG Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 330447, D-28334 Bremen, Tel. 0421/4914480, Fax 4914488, e-mail: memorandum@t-online.de

W&E-Update

Jahres- und Aktionstage

● 11. Juli: Weltbevölkerungstag.

● 9. August: Internationaler Tag der indigenen Völker.

● 8. September: Internationaler Tag des Kampfes gegen den Analfabetismus.

● 16. September: Internationaler Tag zum Schutz der Ozonschicht.

Weltwirtschaftspolitik

● 9.-25. Juli: Jahresversammlung des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC in New York. Das neben dem UN-Sicherheitsrat höchste Gremium der Vereinten Nationen beschäftigt sich in diesem Jahr mit schwerpunktmäßig mit dem Thema "Der Beitrag der menschlichen Ressourcen zur Entwicklung".

● 22. Juli: Tagung des Generalrats der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf.

Entwicklungspolitik

● 11. September: Exekutivsitung des Trade & Development Board der UNCTAD zu Afrika in Genf.

Internationale Umweltpolitik

● 26. August - 4. September: Welt-

gipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg/Südafrika ("Rio plus 10").

Berliner Bühne

● Sitzungswochen des Bundestags: 1.-4.7.; 2.-5.9.; 23.-26.9.. Nach dem 4.7. geht der Bundestag in eine Sommerpause, die in diesem Jahr im Zeichen der Bundestagswahlen am 22.9. steht.

EU-Theater

● 1. Juli: Beginn der EU-Präsidentschaft Dänemarks. Das Programm lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

● 16.-19. Juli: 3. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der AKP-Staaten auf den Fidschi-Inseln.

● 27. September: Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über neue Handelsabkommen, sog. regionalen Partnerschaftsabkommen, die de facto eine neue Generation von Freihandelsabkommen darstellen.

● Sitzungswochen des Europäischen Parlaments: 1.-4.7. (Straßburg), 9./10.7. (Brüssel), 2.-5.9. (Straßburg), 10./11.9. (Brüssel), 23.-26.9. (Straßburg).